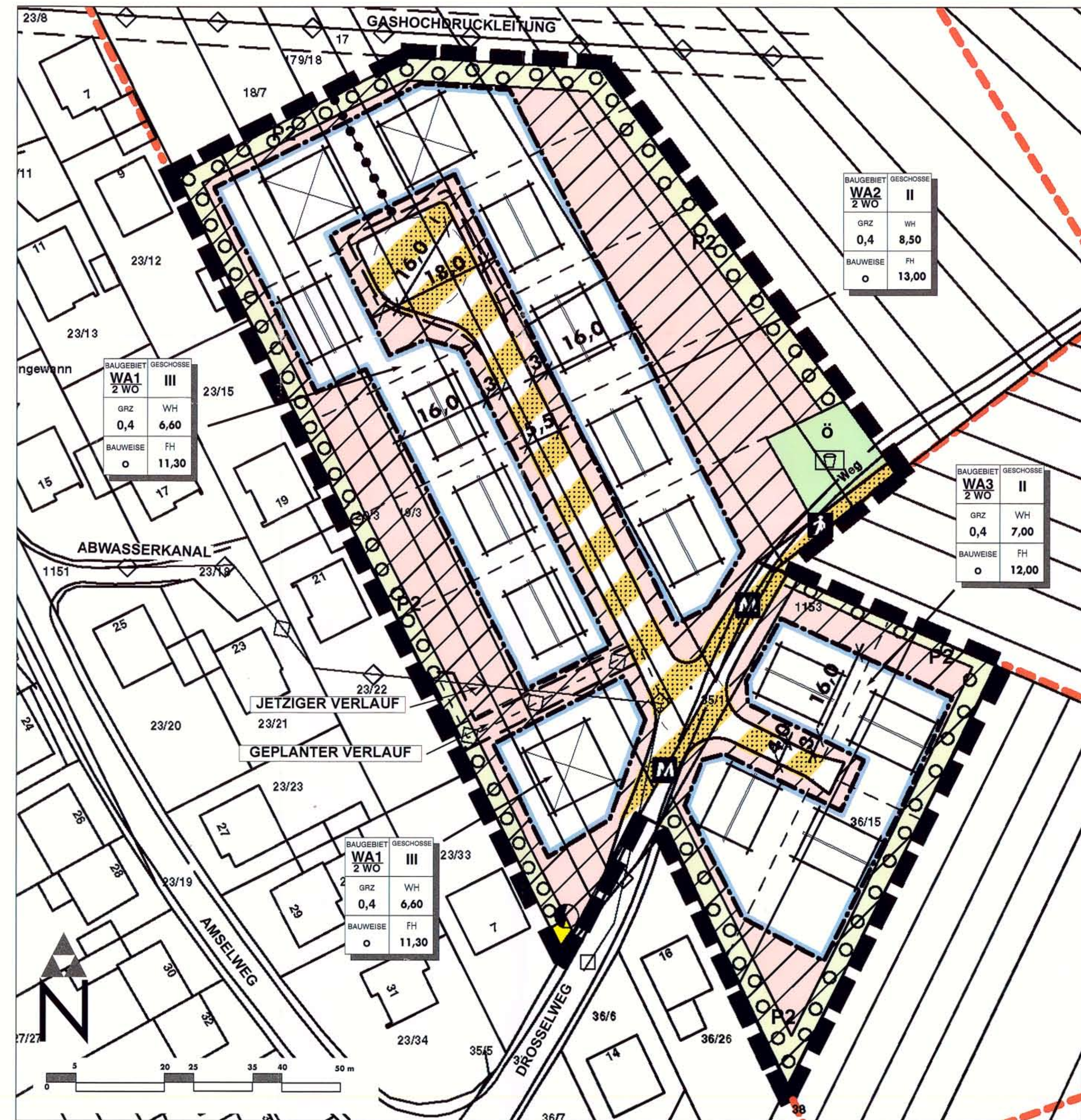


GEMEINDE ILLINGEN, ORTSTEIL HÜTTIGWEILER, BEBAUUNGSPLAN "GRUNDBIRNGEWANN II"

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

- Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 6 BauGB und § 4 BauNVO)
 Allgemeines Wohngebiet
 Beschränkung der Zahl der Wohnungen
 Höhe baulicher Anlagen; hier: maximale Wandhöhe
maximale Firsthöhe
Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl
 offene Bauweise
Baugrenze
 Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 Zweckbestimmung: Mischfläche
 Zweckbestimmung: Fuß- und Feldwirtschaftsweg
 Flächen für Versorgungsanlagen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
 Fläche für Versorgungsanlagen
 Kabelauführungsmast
 Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)
 ABWASSERKANAL
 Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
 Grünflächen (O = öffentlich)
 Spielplatz
 Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)
 8. Sonstige Planzeichen
 Geltungsbereich
(§ 9 Abs. 7 BauGB)

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB I.V.M. § 12 BAUGB UND BAUNVO)

- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
(GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB)
1.1 Baugebiet WA
Allgemeines Wohngebiet, gem. § 4 BauNVO
siehe Plan
1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen
gem. § 4 Abs. 2 BauNVO
• Wohngebäude,
• die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Spielwirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe
• Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.
1.1.2 ausnahmsweise zulässige Arten von Nutzungen
gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO
• Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
• sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.
1.1.3 nicht zulässige Arten von Nutzungen
gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind
• Anlagen für sportliche Zwecke.
nicht zulässig
gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden
• Anlagen für Verwaltungen,
• Gartenbaubetriebe,
• Tankstellen
nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB)
2.1 Grundflächenzahl
gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO,
siehe Plan,
hier: 0,4
Gem. § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen von:
• Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten
• Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
• bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche,
durch die das Baugrundstück lediglich unbaut wird
nicht zulässig.

- 2.2 Zahl der Vollgeschosse**
gem. §§ 16 und 20 Abs. 1 BauNVO, gem. LBO siehe Plan;
WA 1: 3 Vollgeschosse
WA 2: 2 Vollgeschosse
WA 3: 2 Vollgeschosse
2.3 Höhe baulicher Anlagen
siehe Plan
gem. §§ 16 und 18 BauNVO
hier: maximale Wandhöhe und maximale Firsthöhe
Die maximale Wandhöhe wird im:
• WA1 auf max. 6,60 m und die maximale Firsthöhe auf 11,30 m festgesetzt.
• WA2 auf max. 8,50 m und die maximale Firsthöhe auf 13,00 m festgesetzt.
• WA3 auf max. 7,00 m und die maximale Firsthöhe auf 12,00 m festgesetzt.
Als Wandhöhe wird das Abstandsmaß zwischen Oberkante fertiger Straßenbelag (gem. Straßenprojekt) und dem Schnittpunkt der Außenflächen des aufstehenden Mauerwerks mit der Dachhaut bestimmt. Der untere Bezugspunkt (Oberkante fertiger Straßenbelag der den Gebäuden zugeordneten Erschließungsstraße) ist jeweils an der straßenseitigen Gebäudemitte zu ermitteln. Bei giebelständigen Gebäuden gilt als obere Begrenzung der Wand die Verbindungslinie zwischen den Schnittpunkten der Dachhaut mit den Seitenwänden.
Die Firsthöhe als oberer Bezugspunkt ist als oberste Dachbegrenzungskante klar definiert.
3. BAUWEISE
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB
siehe Plan,
hier: offene Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO
4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB
hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO.
Die Gebäude sind an den im Plan durch Baugrenzen gekennzeichneten Standorten zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis max. 0,5 m) kann gestattet werden.
5. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB
siehe Plan,
Gem. § 12 Abs. 6 BauNVO wird bezüglich der Stellplätze und Garagen folgende Festsetzung getroffen:
• Garagen und Carports sind außerhalb der überbaubaren Fläche nur in den seitlichen Grundstücksbereichen bis zu max. Teile der Baufenster zulässig. Zwischen Straßenraum und Garage bzw. Carport ist ein Abstand von mind. 5,0 m als Stauraum einzuhalten. Eine Überbauung des Abwasserkanals für die Anlage einer Garage, eines Carports oder eines Stellplatzes ist ausnahmsweise zulässig.
• Nicht überdachte Stellplätze, Zufahrten sowie Nebenanlagen sind grundsätzlich im gesamten Baugebiet auch außerhalb der überbaubaren Flächen mit Ausnahme der Flächen zum Anpflanzen zulässig.
6. BESCHRÄNKUNG DER ZAHL DER WOHNUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB
siehe Plan,
Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird festgesetzt, dass die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden auf max. zwei Einheiten beschränkt ist.
7. VERKEHRSFLÄCHEN UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB
siehe Plan,
Die Erschließungsstraßen sowie der Fuß- und Feldweg wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als „Verkehrsfäche besonderer Zweckbestimmung“ festgesetzt.
• hier: Mischfläche mit einer Breite von 5,5 m und 4,00 m
• hier: Fußweg und Feldwirtschaftsweg mit einer Breite von 2,00 m
Im öffentlichen Straßenraum sind Flächen für den ruhenden Verkehr nur zulässig, wenn die Mindestbreiten nach STVO eingehalten werden.
8. FLÄCHEN FÜR VERSORGSANLAGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 12 BAUGB
siehe Plan,
hier: Kabelauführungsmast
9. FÜHRUNG VON VER- UND ENTSORGUNGSANLAGEN UND -LEITUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB
hier: Abwasserkanal
Das Plangebiet wird an das bestehende Abwasserkanalsystem im "Drosselweg" angeschlossen und dem Hauptsammler zugeführt. Alle Ver- und Entsorgungsleitungen sind unterirdisch zu führen.
10. ÖFFENTLICHE GRÜNLÄCHEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB
siehe Plan,
hier: Spielplatz
Die öffentliche Grünfläche ist mit einem strapazierfähigen Rasen (RSM 3.2) einzudecken sowie grünerisch anzulegen und entsprechend der Zweckbestimmung mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.
11. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB
IN ANWENDUNG DER §§ 18 FF BNATSCHG
Alle Stellplätze auf den privaten Grundstücken und deren Zufahrten sowie die Fußwege und Feldwirtschaftsweg im gesamten Plangebiet sind aus Gründen der Grundwassererneuerung wasserdrainagefähig zu befestigen.
12. MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDEN FLÄCHEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB
siehe Plan,
Leitungsrecht zugunsten der Entsorgungsträger im dargestellten Bereich 2 m beiderseits der Abwasserleitung.
Eine Überbauung des Abwasserkanals für die Anlage einer Garage, eines Carports oder eines Stellplatzes ist ausnahmsweise zulässig.
13. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB
IN ANWENDUNG DER §§ 18 FF BNATSCHG
siehe Plan,
P1: Alle nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht für Zufahrten, Umfahrungen, Stellplätze oder Nebenanlagen benötigt werden, sind gärtnerisch anzulegen und intensiv zu begrünen. Pro Grundstück sind mindestens ein standortgerechter Obstbaum- oder Laubbaumhochstamm sowie 5 standortgerechte Sträucher gemäß Pflanzliste anzupflanzen.
P2: Die mit P2 gekennzeichneten Flächen sind mit standortgerechten einheimischen Gehölzen in einem Raster von 1,50 m x 1,50 m zu bepflanzen. Mindestens alle 15 m ist ein Stammholz in die Gehölzpflanzung zu integrieren.
P3: Für alle Pflanzungen dürfen nur einheimische und standortgerechte Bäume und Sträucher sowie einheimische Obstbaumarten verwendet werden. Die nachfolgende Pflanzliste stellt eine beispielhafte Auswahl geeigneter einheimischer und standortgerechter Gehölze dar:
Pflanzliste:
Feldstorch
Bergahorn
Hängebirke
Winterlinde
Hainbuche
Hartnagel
Hassel
Eingr. Weißdorn
Stieleiche
Rotbuche
einheimische Obstsorten
Spitzahorn
Heckenrose
Sommerlinde
Eberesche
Vogelkirsche
Gem. Schneeball
Pfaffenhütchen
Zwerg. Weißdorn
Schwarzer Holunder
Traubeneiche

- 14. BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 B BAUGB
IN ANWENDUNG DER §§ 18 FF BNATSCHG
Festgesetzte Pflanzqualitäten:
Hochstamm/Sträucher: 2x, STU 10-12 cm
Sträucher: 3 Triebe, Höhe 100-125 cm
• Erfolgreiche Pflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.
15. FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 C BAUGB
IN ANWENDUNG DER §§ 18 FF BNATSCHG
Sämtliche im Plangebiet getroffenen gründerischen Festsetzungen gelten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und werden den Eingriffsfächen im Plangebiet zugerechnet. Der zusätzlich erforderliche Ausgleich wird über die Ersatzmaßnahme "Am Gabelsberg" der Naturland Ökofachen-Management GmbH (OFM) erbracht. Herangezogen werden die Parzellen Nr. 17, 18, 19/19 sowie 19/19 in Flur 7 der Gemarkung Illingen am Gabelsberg. Die Gesamtgröße beträgt 8252 m². Im Rahmen der Ersatzmaßnahme wird intensiv genutztes, artenarmes Grünland in einen Streuobstbestand mit extensiver Wiesenutzung umgewandelt. Die spätere Nutzung ist gewährleistet. Die Pflege der Obstbaumhochstämme wird von der OFM übernommen.
FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 85 ABS. 4 LBO
PHOTOVOLTAIK, BRAUCHWASSERERWÄRMUNG
Anlagen für Photovoltaik und Brauchwassererwärmung sind auf den Dächern zulässig.
VERWENDUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER (REGENWASSERSPEICHERUNG)
• Zur Entlastung des Entwässerungssystems ist unbelastetes Niederschlagswasser vom Schmutzwasser getrennt zu sammeln und in dezentralen Kleinspeichern (z.B. Zisternen, Becken) auf den privaten Grundstücken zu speichern.
• Die Überläufe der dezentralen Kleinspeichern sind an das vorhandene Kanalsystem anzuschließen.
• Das Mindestvolumen der dezentralen Kleinspeicher beträgt 5.000 l bzw. sollte 40 Liter pro Quadratmeter Dachfläche nicht unterschreiten.
FREIHALTEZONE
Einfriedungen (z.B. Mauern, Zäune etc.) im Bereich der Wendeanlage sind auf den gekennzeichneten Flächen nicht zulässig.
FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB
GASHOCHDRUCKLEITUNG
hier: Gashochdruckleitung
Neunkirchen – Merzig DN 200
Das Plangebiet wird von einer Gashochdruckleitung sowie eines parallel verlaufenden Steuerkabels der SaarFertgas Transport GmbH tangiert. Rechts und links der Leitungsschneise ist der zugehörige Schutzstreifen von jeweils 4 m einzuhalten. Die Anweisungen zum Schutz von Gashochdruckleitungen (gültig ab: 01. Januar 2005) der steag Saar Fertgas Transport GmbH sind zu beachten.
FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
siehe Plan
HINWEISE
EINHALTUNG GRENZABSTÄNDE
Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten, sofern der Bebauungsplan nichts anderes festsetzt.
DACHBEGRÜNNUNGEN
Die Dachbegrünung von Flachdächern und gering geneigten Dächern wird aus ökologischen und gestalterischen Gründen empfohlen. Dabei ist eine extensive Begrünung einer intensiven vorzuziehen.
REGENWASSERNUTZUNG
Zur Entlastung des Entwässerungssystems wird die Anlage dezentraler Kleinspeicher (z.B. Zisternen) zur Nutzung als Brauchwasser empfohlen. Hierbei sind die Vorgaben der Trinkwasserverordnung zu beachten.
MUNITIONSFUNDE
Im Planungsbereich sind Munitionsfundstellen nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen der Flächen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird daher empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.
BODENFUNDE
Bei Bodenfunden besteht Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsgesetz gem. § 12 SdSchG.
SCHICHTWASSER
Es ist damit zu rechnen, dass bei starken Niederschlägen Schichtwasser von der Bergseite her zufließen kann. Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass in vereinzelt vorhandenen Sandlinsen angestautes Wasser vorkommt.
REVISIONSMÖGLICHKEITEN
Auf den privaten Grundstücken sind im Bereich der Vorzonen Flächen für eine Revisionsmöglichkeit (z.B. Schacht) vorzuziehen.
HAUSDRAINAGEN
Hausdrainagen dürfen nicht im Grundwasser oder im Bereich von Hangquellen liegen. Bei eventuell auftretendem Grund- oder Hangwasser und der Lage der Kellersohle in diesem Bereich ist eine sogenannte "weiße Wanne" vorzusehen.
SCHUTZSTREIFEN
Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baupflanzungen zu beachten.
Bei Durchführung von Pflanzarbeiten sind die Bestimmungen des DVGW Arbeitsblattes GW 125 vom März 1989 (Baupflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen) zu beachten.
BRANDSCHUTZ/LÖSCHWASSER
Das Merkblatt über Brandstandorte und unterirdische Löschwasserarmierung sichergestellt werden. Es ist daher zu gewährleisten, dass die Gefahr der Brandausbreitung gering ist. Dies kann durch Feuerheeremende Umfassungen und eine harte Bedachung erreicht werden. Die Anforderungen des Regelwerks DVGW W 405 sind einzuhalten.
ÖBERFLÄCHENWASSER/HANGWASSER
Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächenwasser sowie evtl. anfallendes Hangwasser fallen in den Verantwortungsbereich der jeweiligen Grundstückseigentümer.

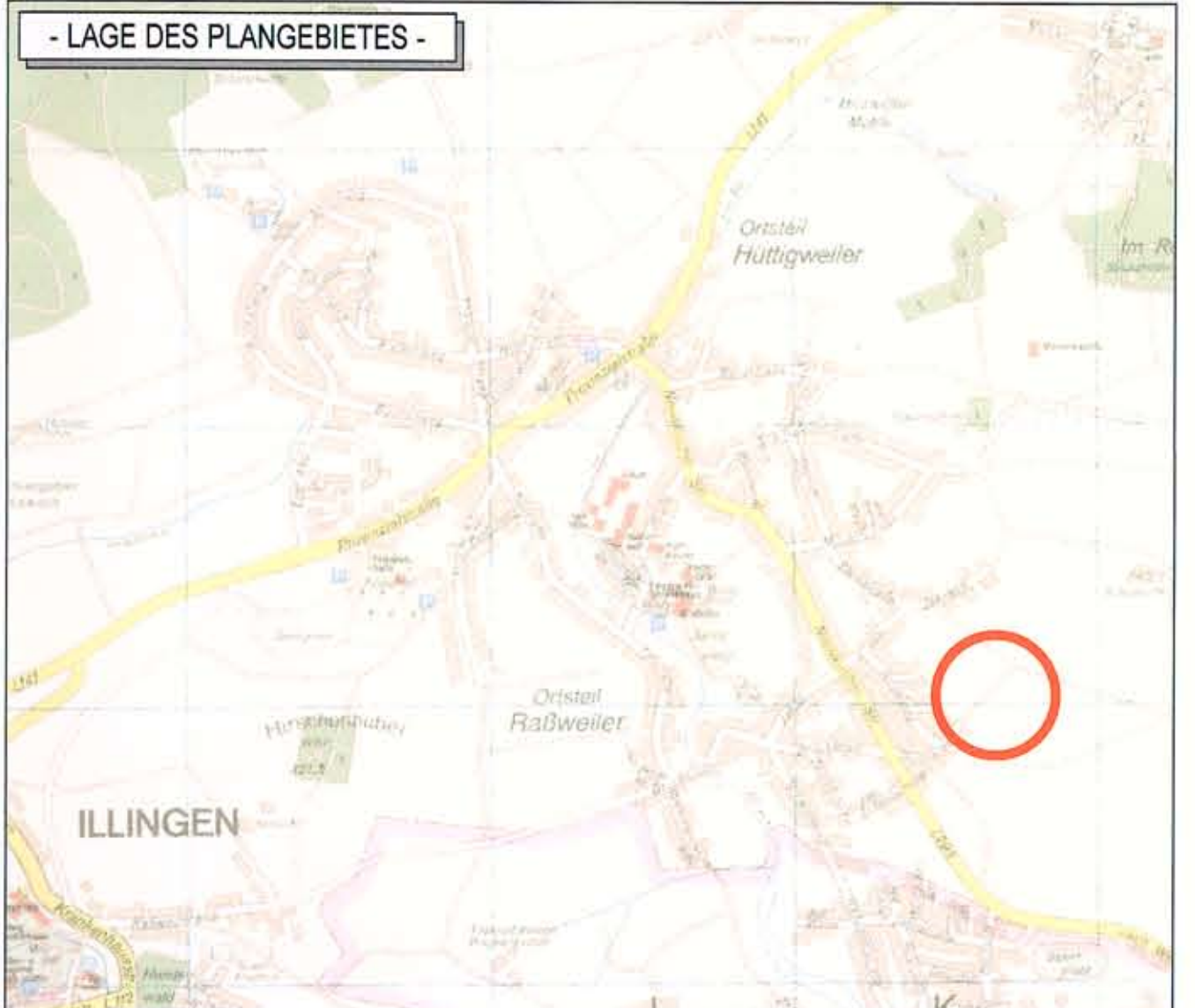
GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:
- Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24.06.2004 (BGBl. I S. 1359),
 - BauNutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479),
 - die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planungsinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58),
 - das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359),
 - das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2454), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507),
 - das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SdNatSchG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 346), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1557 über die Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des

- Naturschutz zur Flexibilisierung der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht (Amtsblatt des Saarlandes vom 29.07.2004, S. 1550),
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3850), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I, S. 2),
 - das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I S. 2331),
 - das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SdBSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990),
 - das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I, S. 2),
 - das Saarländische Wassergesetz (SWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes vom 24.09.2004, S. 1994 ff.),
 - das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermögens- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1130),

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat der Gemeinde Illingen hat am 01.03.2005 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Grundbirngewann II" (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der Beschluss wurde am 16.03.2005 öffentlich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Gemeinderat hat am 06.07.2005 den Bebauungsplan "Grundbirngewann II" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB.
- Der Gemeinderat hat am 10.05.2005 den Entwurf des Bebauungsplanes "Grundbirngewann II" gebilligt und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden wurde gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 18.05.2005 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen.
- Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können, am 18.05.2005 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben in der Zeit vom 25.05.2005 bis einschließlich 27.06.2005 öffentlich ausgelegt (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 18.05.2005 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen.
- Datum / Unterschrift Katasteramt



MASSTAB 1:500	PROJEKTBEZEICHNUNG ILL-BP-GWB-010	PLANGRÖSSE DIN A 0 IM ORIGINAL
PLANNUMMER ILL-BP-GWB-PLAN 7	BEARBEITUNGSSTAND 07.07.2005	BEARBEITUNG DIP.-ING. JÖRG LAUER DIP.-ING. CAROLIN MÄRKER DIP.-GEÖG. EVELYN MOSCHEL
GEMEINDE ILLINGEN - ORTSTEIL HÜTTIGWEILER BEBAUUNGSPLAN "GRUNDBIRNGEWANN II" - SATZUNG -		